

Bei tauben Ohren helfen nur Demos

Löhne, Zukunft der Arbeit und Renten: Diese drei Themen müssen auf jeden Fall auf der Agenda von politischen Entscheidungsträgern und Sozialpartnern stehen.

Löhne. Für die Trägerorganisationen des Afi (SGB-Cisl, AGB-CGIL, Uil-SGK, ASGB, KVV und ACLI) ist es das Thema Nummer eins. Hält man sich an die offizielle Statistik (Astat), zeigt sich folgendes Bild: Trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung in Südtirol seit Abflachen der Wirtschaftskrise hat sich der Aufschwung in Südtirol nicht in einer Erhöhung der Entlohnungen niedergeschlagen. Gemessen an der Inflation in den Jahren 2011 bis 2016 haben die Löhne im Schnitt sogar an Kaufkraft verloren. Zwar verdienen die Südtiroler durchschnittlich 6–7 Prozent mehr, als man auf gesamtstaatlicher Ebene verdient, dieser bescheidene Unterschied macht aber die um 20 Prozent höheren Lebenshaltungskosten in der Provinz Bozen nicht wett. Die Zeit wäre reif für einen „Pakt für Südtirol“ zwischen den Sozialpartnern, begleitet von der Politik. Denkbar wären wirtschaftliche Anreize, Vorteile für Unternehmen oder auch für ganze Wirtschaftssektoren, die aufgrund von Landeszusatzverträgen oder Betriebsabkommen höhere Löhne zahlen.



Foto: Archiv

**Christine Pichler,
Präsidentin des Arbeits-
förderungsinstituts (Afi).**

Zukunft der Arbeit. Ein Thema, über das zu wenig geredet wird, ist die Digitalisierung der Arbeitswelt. Die Transformation findet unweigerlich statt. Berufe werden sich stark verändern, einige Berufsbilder sogar verschwinden. Die soziale Organisation des Unternehmens wird zum entscheidenden Faktor: Soziale Sicherheit, gute Arbeitsverträge und eine umfassende Miteinbeziehung in die Arbeitsorganisation werden für die Weiterentwicklung des ganzen Unternehmens ausschlaggebend sein. Durch den Einsatz der neuen Technologien werden die sozialen Kontakte in der Arbeitswelt immer spärlicher, zumal sie vom Arbeitsablauf her einfach nicht mehr nötig sind. Im Extremfall führt das zu Entfremdung und Vereinsamung.

Pensionen. Worüber wir auch reden müssen, ist die Anpassung der Rentenbezüge an die Inflation. Auch diese Regierung hat es auf die Renten abgesehen: 2,2 Milliarden Euro will man den Rentnern in den nächsten drei Jahren entziehen. Mehr als darüber zu reden, sollte man sich aktiv an den Protestkundgebungen beteiligen, die im neuen Jahr stattfinden werden. Unsere gewerkschaftliche Erfahrung zeigt uns nämlich: Wenn man auf taube Ohren stößt, hilft nur mehr die Mobilisierung auf der Straße. ■